

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

20.1.1931 (No. 16)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Str. 14
Telefon:
Nr. 958
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3615

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
L. K. M. e. n. b.,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren. — Einzelnummern 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, bei als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipale Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Weitreibung und Kontroversverfahren fällt der Fall die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Der Heidelberger Afta aufgelöst

Vom Unterrichtsministerium wird uns geschrieben: Der Minister des Kultus und Unterrichts hat den Allgemeinen Studentenausschuss der Universität Heidelberg mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Veranlassung hierzu gaben die fortwährenden Verstöße des Afta-Vorstandes gegen die Satzungen der Allgemeinen Studentenschaft und vor allem ein Brief desselben vom 15. d. M. an das Rektorat der Universität Heidelberg, in welchem er die Nichtbeteiligung an Universitätsfeierlichkeiten deswegen beschlossen habe, um der Forderung, „Herrn Professor Gumbel nicht mehr als Mitglied der Dozentenschaft der Universität zu sehen“, Nachdruck zu verleihen. Die wiederholten Versuche, auf gutlichem Wege durch Mahnung und Warnung die Aftamehrheit zum Einlenken zu bewegen, haben keinen Erfolg gehabt. Der neuerliche Beschluß bedeutet nach dem Vorangegangenen eine weitere Verschärfung der Lage. Jetzt verlangt der Afta-Vorstand nämlich, über seinen früheren Beschluß hinausgehend, nicht nur, daß Professor Gumbel den Universitätsfeierlichkeiten fernbleibt, sondern, daß er aus dem Lehrkörper der Universität auszuschieden habe. In den Satzungen der Heidelberger Studentenschaft finden sich für ein solches Vorgehen keinerlei Grundlagen; man kann dies nur als eine gröbliche Überschreitung der statutarischen Zuständigkeiten bezeichnen. In dem Erlaß des Ministers wird die Satzungen genehmigung für die Studentenschaft der Universität Heidelberg vom 12. Dezember 1925 zurückgezogen. Alle Organe der Studentenschaft haben sofort ihre Ämter niederzulegen. Eine Neuwahl wird nicht angeordnet. Es erscheine sinnwidrig, so heißt es in dem Erlaß, unter dem Namen und in der äußeren Form der Selbstverwaltung Einrichtungen bestehen zu lassen, die nur durch fortgesetzte Eingriffe der Aufsichtsbehörde notwendig in den Schranken der Ordnung gehalten werden könnten. Zum Wesen der Selbstverwaltung gehört es, daß sie getragen wird von dem Willen, der Gemeinschaft und ihren Interessen zu dienen. Wo dieser Wille sich in sein Gegenteil verkehrt, haben Selbstverwaltungseinrichtungen nicht nur ihren Sinn verloren, sondern sie bedeuten sogar als stetige Gefahrenquelle für den akademischen Frieden eine Belastung für das Wohl der Akademischen Gemeinschaft.

Kein Volkseinstimm in Preußen

Die Gegenätze auf der Rechten
M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Wie wir aus unterrichteten Kreisen erfahren, bestätigt es sich jetzt, daß die Rechtsparteien ihr Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags haben fallen lassen. Andeutungen dazu fanden sich bereits in der Rede des Stahlhelmführers Seidte in Magdeburg am Sonntag. Es ist zwischen Stahlhelm und Nationalsozialisten keine Einigung erzielt worden. Auch scheint man im Hitler-Lager keine übermäßige Neigung zu haben, mit den Deutschnationalen dauernd zusammenzugehen. Dazu kommt noch, daß nach den Bestimmungen der preussischen Verfassung bzw. des preussischen Wahlgesetzes die Regierung es ziemlich in der Hand hat, die Termine festzusetzen, und daß der Volkseinstimm bestimmt nicht vor dem Spätherbst abgerollt wäre. Ob dann die Stimmung noch sehr günstig gewesen wäre, das hat man wohl auch in diesem Lager als zweifelhaft angenommen, da die Wähler sich mit Recht gefragt hätten, um 6 Monate willen lohne es nicht, den ganzen Apparat in Bewegung zu setzen.

Curtius und der amerikanische Rundfunk

Angriffe des „Vorwärts“
M. Berlin, 20. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ richtete in seiner heutigen Morgennummer scharfe Angriffe gegen den Reichsaussenminister Dr. Curtius, dem er vor allem Zurückweichen vor der Rechten auch in seiner Haltung in Genf zum Vorwurf machte. U. a. behauptet das Blatt, daß der Reichsaussenminister das Angebot der amerikanischen Rundfunkgesellschaft, ähnlich wie Mussolini eine Ansprache an die Amerikaner in der deutsch-polnischen Streitfrage zu halten, abgelehnt habe, während Jaksch sofort das Angebot annahm und eine solche Ansprache hielt. Wichtig daran ist, daß Curtius tatsächlich dieses Angebot abgelehnt hat, und zwar, weil er in Genf mit Arbeit überhäuft ist, und außerdem gerade mit Rücksicht auf den Völkerbund und die Verhandlungen, die jetzt schweben, eine solche Ansprache für nicht besonders tünlich hielt, zumal sie sehr heikle Probleme hätte anrühren müssen. Jaksch hatte übrigens schon vorher den Auftrag angenommen. Es ist dadurch nur eine zeitliche Verschiebung eingetreten. Abgesehen hat seine Rede in Amerika keinerlei Wirkung ausgeübt und wird auch von den Wählern kaum wiedergegeben.

Letzte Nachrichten

Die Abrüstung vor dem Völkerbundsaat

Curtius über den deutschen Standpunkt
WZ. Genf, 20. Jan. (Tel.) Der Völkerbundsaat begann heute vormittag seine Beratungen über die Einberufung der Abrüstungskonferenz. Der Rat hat die Aufgabe, das Datum für diese Konferenz, die im Völkerbundspakt vorgesehen und bisher immer wieder verschoben worden ist, festzusetzen. In der Sitzung nahm der deutsche Außenminister Dr. Curtius Gelegenheit, die grundsätzliche Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage und insbesondere zu den Arbeiten des Völkerbundes auf diesem Gebiete darzulegen. Er führte u. a. aus: Seit dem Zusammentritt der Vorbereitenden Abrüstungskommission mühen wir mit jedem Jahre immer mehr erkennen, daß der Weg sich ständig weiter von dem eigentlichen Ziele entfernte. Der Konventionsentwurf wurde hinsichtlich der Randabstimmung Stück um Stück der wesentlichen Elemente beraubt. Das Nützungsschema, das so entsteht, läuft höchstens auf die Stabilisierung des heutigen Nützungstandes hinaus, zum Teil würde es sogar noch eine Erhöhung erlauben. Daher hat sich schon im Frühjahr 1929 der deutsche Vertreter klar von dem Programm der Mehrheit der Kommission lösen müssen. Die Kommission ist schließlich soweit gegangen, diesen sich völlig ungenügenden Entwurf auch noch von vornherein zu verbinden mit einer erneuten Festlegung des uns vertragsmäßig auferlegten Entwurfsstandes. So war es selbstverständlich, daß wir das Ergebnis der Arbeiten ablehnten. Die kommende Konferenz wird nur dann annehmbare Resultate zeitigen können, wenn sie zunächst, ehe sie an die Einsetzung von Jiffen geht, die jetzt vorgeschlagene Methode durchgreifend revidiert. Sie wird sich ferner den obersten Grundsatz des Völkerbundes, nämlich die Gleichberechtigung seiner Mitglieder zu eigen machen müssen und nicht Sicherheit gegen Unsicherheit stellen dürfen. Das hat schon mein Amtsvorgänger ausgesprochen. Graf Bernstorff hat noch vor 6 Wochen für Deutschland paritätische Sicherheit verlangt. Ich billige und unterbreite keine Ausführungen ganz. Würde der Völkerbund diesen Grundsatz preisgeben, würde er an seiner Aufgabe verfehlen, die darin besteht, allen seinen Mitgliedern Sicherheit zu verschaffen, so würde er seine Friedensaufgaben verfehlen, sein eigenes Dasein erschüttern und seine Existenzberechtigung verlieren. Erfüllt er aber seine Abrüstungsverpflichtung, so würden wir die ersten sein, das anzuerkennen. Niemanden kann mehr an Abrüstung gelegen sein, als dem deutschen Volke.

„Wenn die Nationen wollten . . .“

WZ. London, 20. Jan. (Tel.) Lord Cecil sagte gestern abend in einer Rede in Cambridge, der Völkerbund besitze jetzt einen festen Plan zur Abrüstung, an dem zehn Jahre lang gearbeitet worden sei. Dieser Plan sei, wenn es den Wünschen der Nationen entspreche, so gehalten, eine allgemeine Abrüstung in jedem nur immer gewinnbarsten Maße zu bewirken. Wenn die Nationen es wollten, so könnten sie ihre Flotten, Heere und Flugkraftkräfte um 50 Prozent vermindern. Dies beziehe sich auch auf die Zahl der Offiziere und auf die Ausgaben für Waffen.

Die Strafrechtsreform

Wiederaufnahme der Ausschussarbeiten
WZ. Berlin, 20. Jan. (Tel.) Der Strafrechtsausschuss des Reichstages nahm am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) seine Arbeiten auf. Den Ausschussmitgliedern ist eine umfangreiche Drucksache, die mit Hilfe des Reichsjustizministeriums zusammengestellt wurde, als Unterlage für die Verhandlungen zugegangen. Darin sind der ursprüngliche Entwurf des Strafrechtsbuches, die Beschlüsse des früheren Ausschusses in erster Lesung, der neue Antrag des Abg. Dr. Kahl und die bereits getätigten Ausschussbeschlüsse in zweiter Lesung enthalten. Da die nationalsozialistischen Ausschussmitglieder nicht erschienen waren, ohne daß sie ihr Ausbleiben mündlich oder schriftlich begründet haben, da sie außerdem sich überhaupt nicht darüber geäußert haben, ob sie die ihnen zugewiesenen Referate übernehmen, erklärte der Vorsitzende, Abg. Dr. Kahl (D. Vp.), die Frage der Nichtbeteiligung einer solchen Partei dem Altestenrat unterbreiten zu wollen. — Es entspann sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob zunächst eine Generalausprache über die Strafrechtsreform vorgenommen werden solle, was vom Ausschuss bejaht wurde. — Nunmehr eröffnete die Aussprache Abg. Gschke (Komm. P.), der in längeren Ausführungen die Arbeit des früheren Reichstages an der Strafrechtsreform stark kritisierte.

Die Gehälter der preussischen Oberbürgermeister. Auf eine kleine Anfrage der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, in der die hohen Gehälter der leitenden Kommunalbeamten kritisiert worden waren, antwortet jetzt der preussische Innenminister mit einem Hinweis auf den Entwurf einer Novelle zum preussischen Ausführungsgesetz für den Finanzausgleich, wonach künftig für die Festsetzung solcher Bezüge die obersten Landesbehörden Richtlinien aufstellen können.

Schein oder Wahrheit?

Von Dr. R. Tröndle, Syndikus der Handelskammer Karlsruhe

„Man soll dem deutschen Volke die Wahrheit nicht vorenthalten.“ So etwa hat der Reichskanzler von seiner Ostreise aus gemahnt; und wer hätte heute nicht wenigstens etwas das Empfinden, daß die Wahrheit der Dinge anders ist als man sie in der Vergangenheit gesehen hat. Deutschland ist im Laufe der letzten zwei Jahre einem beispiellosen wirtschaftlichen Abstieg verfallen. Seine Ursachen sind heute immer noch nicht eindeutig festgestellt, und zwar vor allem deshalb nicht, weil man allzu häufig mit politischer Voreingenommenheit an die Untersuchung der Ursachen dieses Niedergangs herantritt. Auch hier, oder besser gesagt vor allem hier, muß man bedauern, daß die Beurteilung wirtschaftlicher Zusammenhänge politischer Einstellung nicht entriekt ist.

Die Wurzel des Übels liegt irgendwo anders, als viele Beurteiler annehmen. Vor allem gilt es, sich fernzuhalten von der Meinung, unsere deutsche Wirtschaftskrisis sei allein verursacht durch die weltwirtschaftliche Depression. Der Niedergang hatte bei uns längst eingesetzt, als die ersten Anzeichen eines wirtschaftlichen Verfalls in anderen Industrieländern aufgetreten sind. Wenn wir den Weg zur Besserung finden sollen, dann gibt es keine entscheidendere Aufgabe für uns, als die Ursachen zu erkennen, die uns zunächst unabhängig von allen weltwirtschaftlichen Beziehungen in den jetzigen Zustand herein gebracht haben.

Das deutsche Volk hat bewiesen, daß es sehr rasch zu vergessen vermag. Vor allem ist dieser Vergessenheit zu schnell anheim gefallen, was Krieg und Inflation an Werten zerstört und aufgezehrt haben, daß ein großer Teil dessen, was die deutsche Nation im Laufe mißglückter Jahrzehnte durch eine bewundernswerte Sparsamkeit aufgebaut und errungen hatte, der Vernichtung anheimgefallen ist. Als es uns in zwölf Stunden gelungen war, die Papiermarkinfektion abzubremsen, hob sich nach kurzer Zeit die Lebenshaltung so, als ob nichts geschehen wäre, und das deutsche Volk die Wohlhabenheit der Vorkriegszeit besäße, während der Zeitraum zwischen 1914 und 1924 nichts anderes darstellt, als einen gewaltigen Einschnitt in unser wirtschaftliches Vorwärtskommen und eine Wohlstandsverwüstung ohne gleichen. Die nach der Inflation schlagartig einsetzende Verbesserung unserer Lebenshaltung wurde unterstützt durch die in den ersten Monaten des Jahres 1924 still vor sich gegangene, wirtschaftlich nicht hinreichend fundierte Kaufkraftschöpfung durch die Reichsbank.

Das Leben vom Schein, das wir seit 1914 über den Krieg und Inflation hinweg geführt hatten, wurde also fortgesetzt. Wir ließen uns vom Schein aber vollends einnehmen, als in der Folgezeit das Auslandskapital in seinem Überfluß nach Deutschland strömte. Der verhängnisvolle Fehler begann jetzt, als wir diesen gepumpten Segen als wahre und beständige Wohlhabenheit ansahen, deren Verteilung etwa während der Jahre 1925 bis 1928 das deutsche Volk beherrschte und wichtigen innerpolitischen Vorgängen den Stempel aufdrückte. Jede wirtschaftliche Gruppe suchte möglichst viel von diesem sogenannten Reichtum zu erringen, um sich eine die Vorkriegszeit übertreffende Lebenshaltung zu sichern. Die Steigerung der Löhne in der produzierenden und verteilenden Wirtschaft nahm unter dem Zwang dieser Bewegung zu. Insbesondere Personalausgaben, Steuern und das, was man heute mit dem Ausdruck soziale Lasten bezeichnet, wuchsen ständig. Dadurch schollen zwangsweise die Preise immer weiter an. In der Industrie teilweise auch im Handel, suchte man, so gut es ging, durch Technisierung und Rationalisierung der steigenden Unkostenwelle auszuweichen. Kapitalfehllösungen beachtlichen Umfangs, industrielle Überkapazität und Steigerung der Arbeitslosigkeit sind die Folgen. Die öffentlichen Körperschaften, insbesondere die Städte, hatten anfänglich einen erheblichen Überfluß in ihren Finanzen, der zur Ausführung von Plänen Veranlassung gab, die man in der fegegneten Vorkriegszeit aus Ersparnisrückflüssen glaubte nicht durchführen zu können.

In der Reichsgesetzgebung schuf man auf der Grundlage der vermeintlichen Wohlhabenheit Einrichtungen, die man sich selbst dann besser hätte überlegen müssen, wenn wir eine organisch ununterbrochene Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft seit 1914 zu verzeichnen gehabt hätten. Unsere Politik war auf einen Optimismus abgestellt, der nur dann gerechtfertigt gewesen wäre, wenn

die Wohlstandseinbußen durch Krieg und Inflation nicht gekommen wären.

Deutschland ist vor dem Kriege auf dem Gebiete der Sozialpolitik und insbesondere der Sozialversicherung führend gewesen. Heute ist bekanntlich die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtungen theoretisch lebhaft umstritten. Die größte Mehrzahl auch der wirtschaftlich selbständig Tätigen lehnt den Wert der Sozialversicherung nicht ab und nimmt bejahend Stellung zu dem, was in der Vorkriegszeit geschaffen wurde. Einer anderen Beurteilung unterliegt aber das, was im Laufe des letzten Jahrzehnts hinzukam. Eine Sozialpolitik, die mit der organischen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft nicht gleichen Schritt hält, sondern ihr vorausseilt, droht eine Gefahr für den wirtschaftlichen Bestand der Nation zu werden und untergräbt selbst den Boden, auf dem sie steht!

Dieser Erkenntnis beugen sich heute offenbar auch Gruppen des deutschen Volkes, zu deren Programm es gehört, die Sozialversicherung immer weiter auszubauen. Man denke daran, daß die Einschränkungsmaßnahmen, die vom Herrn Reichspräsidenten getroffen wurden, die Billigung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefunden haben.

Wir haben vom Schein erbogter Wohlhabenheit gelebt. Unser Abstieg hat ungefähr zwei Jahre vor dem Abzug großer Auslandsguthaben aus Deutschland infolge der Veränderung der politischen Verhältnisse eingeleitet. Der Rückschlag trat ein, als der Zufluß von Kapital aus dem Ausland sich nicht mehr steigerte, sondern nachließ. Soweit das, was uns vom Ausland zugegangen war, nicht zu Reparationszahlungen und den Auslandszinsendienst benötigt wurde, wurde es zu einem erheblichen Anteil durch eine ständig steigende Lebenshaltung verbraucht bzw. in großem Umfang fehlgeleitet. Das ist die wahre Ursache der deutschen Wirtschaftskrise. — Wie jeder einzelne nicht auf die Dauer vom Schuldenmachen leben kann, ist das auch für ein ganzes Volk unmöglich. Ein an Rohstoffen und an natürlichen Hilfsquellen armes Land, wie es Deutschland nun einmal ist, kann stärkere Schulden aus dem Ausland nur ertragen, wenn diese nicht zum Verbrauch, sondern zur Stärkung der Betriebsmittel in der Volkswirtschaft Verwendung finden. Daraus ergibt sich folgerichtig, daß Schuldaufnahme, wenn sie ohne Gefahren sein soll, begleitet sein muß von Sparmaßnahmen.

Wo stehen wir heute? Diejenigen, die im Jahre 1924 vor der Anschwellung der Lebenshaltung und davor gewarnt haben, sich über Krieg und Inflation scheinhaft hinwegzusetzen, haben Recht behalten. Wir müssen uns die Wahrheit vergegenwärtigen, u. die besteht darin, daß wir heute wieder annähernd zurückgeworfen sind auf den Zustand am Ende der Papiermarkinflation um die Wende des Jahres 1923/24. Richtig gelagt ist der Zustand derselbe, er zeigt bloß ein anderes Gesicht als damals. Die Einschränkung der Lebenshaltung vollzog sich zwangsläufig durch die immer weitere Entwertung der Mark, bis wir schließlich überhaupt keine Kaufkraft mehr mit ihr besaßen. Die Leidtragenden waren zuerst die Rentner im weitesten Sinne des Begriffes. Heute sind es zunächst die aus dem Arbeitsprozeß ausgeschalteten, deren Unterhaltung aber das Einkommen der noch Erwerbstätigen zunehmend so beengt, daß sich eine Abschwächung der Lebenshaltung auch dieser zwangsläufig vollziehen muß. Dieser Prozeß ist nicht etwa abgeschlossen, sondern schreitet fort, wie die nächsten Monate ohne Zweifel zeigen werden.

Welche Lehre ergibt sich aus diesen Zusammenhängen? Die letzten Jahre haben mit geradezu eindringlicher Klarheit bewiesen, daß wir uns nicht emporgelassen können. Wenn wir uns einen dauernden Aufstieg überhaupt wieder sichern wollen, dann gibt es dafür nur den Weg, den das deutsche Volk in den Jahrzehnten vor dem Kriege mit Erfolg beschritten hat, den Weg der Einfachheit und der Sparfähigkeit.

Das ist das ernste und nüchterne Gesicht der Wahrheit, die dem deutschen Volke nicht vorenthalten bleiben darf. Müge sie vor allem dann beachtet werden, wenn der zu erwartende Umschlag zur Besserung wiederum dazu verleitet, unser Leben auf den Schein statt auf die Wahrheit einzustellen!

Kleine Chronik

Bei einem Eisenbahnunglück in Obingen bei Danzig wurden Montag früh drei Personen getötet, 18 schwer und über 20 leicht verletzt.

Der Lehrer Schumann in Idstein (Taunus) rettete sechs Knaben das Leben, die auf dem Eise eines Teiches einbrachen.

Ein Transportzug fuhr in dem Erzbergwerk Krümer bei Res in Folge falscher Weichenstellung auf einen Arbeiterzug auf. Drei Bergarbeiter wurden getötet, etwa zehn verletzt.

Nach einer Meldung aus Madrid herrscht in der Hauptstadt Spaniens eine heftige Grippeepidemie. Wenn auch der Charakter der Erkrankung nicht besonders gefährlich sein soll, so seien doch die Krankenhäuser überfüllt. Schätzungsweise sollen in Madrid 300 000 Personen an Grippe erkrankt sein, von denen 200 000 das Bett hüten.

Bei Perth (Westaustralien) fand der 17-jährige Sohn eines Goldgräbers einen Goldklumpen, der 153 1/2 Unzen schwer ist und einen Wert von rund 6000 Pfund Sterling hat. Es ist dies der größte Goldklumpen, der jemals dort gefunden worden ist.

Auf der Strecke Boston—New York stieß ein Schnellzug bei schwerem Schneesturm mit einem Lokalzug zusammen. Über 50 Personen wurden verletzt, zum größten Teil Reisende des Lokalzugs.

Durch das letzte Erdbeben in Südamerika wurden drei kleinere Städte vollkommen zerstört. Bisher wurden 116 Tote geborgen.

Neuregelung des Kleinwohnungsbaues

150 v. H. Höchstmiete — 32—45 Quadratmeter Wohnfläche

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 10. Januar die in der letzten Notverordnung angeführten Reichsgrundzüge über die Verwendung des zur Förderung des Kleinwohnungsbaues bestimmten Mittel im Benehmen mit den Ländern erlassen. Die neuen Reichsgrundzüge erstrecken sich u. a. auf die Verteilung der Mittel, die Miethöhe, die öffentlichen Baudarlehen und Zinszuschüsse, die zusätzlichen Mittel, die Größe der Wohnfläche, die Ausstattung der Wohnung und die Vergütung und Ausführung der Bauvorhaben.

Die Mittel werden unabhängig von dem jeweiligen örtlichen Aufkommen verteilt. Dabei ist durch Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auf dem Lande der Abwanderung entgegenzuwirken und die Rückwanderung aus den Städten zu erleichtern. Bei der Feststellung des Bauprogramms ist dem Bedarf an Wohnungen für Familien mit Kindern und für Schwerekriegsbeschädigte besonders Rechnung zu tragen. Was die Miethöhe betrifft, so dürfen in der Regel die Mieten 150 v. H. der Friedensmiete entsprechender Mietwohnungen nicht übersteigen. Die öffentlichen Mittel sind für Baudarlehen oder für Zinszuschüsse zu verwenden. Der Zinszuschuß soll dem Bauherrn einen Ausgleich dafür geben, daß er an Stelle des öffentlichen Baudarlehen ganz oder teilweise ein Darlehen von einem Dritten mit höheren Zinsen aufnimmt oder das Geld selbst aufbringt. Etwa ein Viertel der Wohnungen soll allein mit Zinszuschüssen gefördert werden. Zu Wohnungsbauten für kinderreiche Familien und für Schwerekriegsbeschädigte können erhöhte Zinszuschüsse oder besondere Zuschüsse gewährt werden.

Die Wohnfläche der Wohnungen soll 32 bis 45 Quadratmeter betragen und bei Wohnungen für Familien mit Kindern 60 Quadratmeter nicht überschreiten. Flachbau und Reihenhäuserbau ist zu bevorzugen. Zur Senkung der Baukosten und der Miete sollen die Wohnungen jeden überflüssigen Aufwand vermeiden; auf die Einrichtung von Bädern für die einzelnen Wohnungen werde in der Regel zu verzichten sein. Bei Auswahl aller Baustoffe und Bauteile muß eine Verteuerung nötigenfalls durch Verwendung andersgearteter Baustoffe und Bauteile verhindert werden. Ausländische Baustoffe und Bauteile dürfen nicht verwendet werden, wenn sie in geeigneter Form und zu angemessenem Preis aus dem Inlande bezogen werden können.

Der Reichsetat im Ausschuss

Trendelenburg über die Wirtschaftslage

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurden am Montag die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten, die die Streichung sämtlicher Etatsposten für die Reichszentrale für Heimatdienst verlangten, gegen die Stimmen der Antragsteller und des Landvolkes abgelehnt, ebenso Anträge, welche die Streichung der Etatsstelle für den Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Trebitanus, verlangten.

Der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Dr. Trendelenburg, erklärte dann u. a.: Die herrschende Wirtschaftskrise erfaßt alle Länder der Welt. In Deutschland seien die Investitionen mit Auslandskapital durchgefallen, das noch über die mit geborgtem Geld abgedeckten Reparationen hinaus beschafft worden sei. Der Kapitalzufluß vom Auslande führe zu einer Scheinblüte und Überfesterung der Preise. Die beste Hilfe für die Landwirtschaft liege in der Senkung des industriellen Selbstkostenniveaus, wobei Erschütterungen zu vermeiden seien. Staatliche Eingriffe müßten auf das Notwendigste beschränkt werden. In der Frage der Preispolitik sei keine dauernde Senkung des Reallohnes beabsichtigt. Der Lebenshaltungsindeks sei gegen das Vorjahr um 7,2 Proz. gesunken. Angesichts der Arbeitslosigkeit komme der deutschen Ausfuhr besondere Bedeutung zu. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände forderten, daß die Regierung ihre Handelspolitik beibehalte, besonders betreffs der Meistbegünstigung. Die Stabilität unserer Währung sei gesichert, doch beständen auf dem Geldmarkt noch mancherlei Sorgen.

Die Zeppelinfahrten 1931

Unterredung mit Dr. Edener

Anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin äußerte sich Dr. Edener über seine diesjährigen Pläne. Er hofft, noch in diesem Jahr die Fahrt zur Antarktis unternehmen zu können. Die endgültige Entscheidung ist jedoch von der Aufbringung der Mittel abhängig. Das weitere Fahrprogramm sieht eine Reihe von Südamerikafahrten vor. Das Luftschiff wird mit Post von Friedrichshafen nach Pernambuco und zurück fliegen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß er eine Studienreise nach Niederländisch-Indien unternehmen wird, um den gesamten, für einen Luftschiffverkehr Holland—Indien in Frage kommenden Komplex zu überprüfen.

Das neue Zeppelinluftschiff, das jetzt in Friedrichshafen im Bau ist, wird schon vollständig auf das von den Amerikanern freigegebene feuerfeste Helium eingestellt. Das bedingt eine gewisse Vergrößerung des Schiffes. Der „Graf Zeppelin“ bleibt mit Wasserstoffgas gefüllt. Anschließend freiste Dr. Edener das Problem: Flugzeug-Luftschiff. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß trotz aller Erfolge der großen und größten Flugzeuge diese für einen Verkehr, der über Strecken von mehr als 3000 Kilometer ohne Zwischenlandung führt, besonders wenn man das Auftreten starker und viel Betriebsstoff verbrauchender Gegenwinde berücksichtigt, heute nicht in Betracht kommen. Hier sei das Luftschiff allein herrschend.

Rußland und die Türkei und die Genfer Europakonferenz. Die von der europäischen Konferenz eingesetzte Kommission zur Prüfung der Frage, ob Rußland und die Türkei an den Arbeiten der Konferenz beteiligt werden sollen, beschloß, die beiden Staaten zu den Arbeiten über die wirtschaftlichen Fragen einzuladen. Damit ist die Kommission der grundsätzlichen Frage über die generelle Teilnahme Rußlands und der Türkei an der geplanten europäischen Union aus dem Wege gegangen. Die Frage ist also nach wie vor offen.

Poincarés erste Schritte nach der Krankheit. Poincaré ist am Montag in Paris nach seiner wochenlangen Krankheit zum erstenmal wieder aufgestanden und hat eine kurze Zeit lang im Zimmer auf- und abgehen können.

Wiederaufnahme der Arbeit in Südwesten. Die Arbeit in den Kohlenbergwerken des Südwales ist am Montag wieder aufgenommen worden. Es wurde beschlossen, eine neue Schlichtungsbehörde ins Leben zu rufen, deren Vorsitzender vollständig unabhängig sein soll.

Die allgemeine Aussperrung in der Baumwollindustrie von Lancashire, von der 200 000 Arbeiter betroffen werden, begann am Samstag.

Die Arbeitslosigkeit in Spanien. Nach einer amtlichen Statistik zählt man in den Provinzen Granada, Jaén, Cadix, Cordoba, Sevilla und Huelva 140 000 Arbeitslose.

Schutz der jugendlichen Arbeitslosen

Veruliche Fortbildung

Das Reichsarbeitsministerium und die Reichsanstalt für Arbeitsversicherung haben, um zu verhindern, daß bei längerer Beschäftigungslosigkeit die Jugendlichen in ihrem Willen zur regelmäßigen Arbeit geschwächt, in ihrer Arbeitsfähigkeit geschädigt und schließlich körperlich, geistig und sittlich gefährdet werden, die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter angewiesen, während der kommenden Wintermonate besondere Maßnahmen, insbesondere für die jugendlichen Arbeitslosen, zu treffen und zu fördern.

Die Teilnahme an den Bildungsmaßnahmen wird nicht nur den unterstützungsberechtigten Jugendlichen, sondern auch solchen Jugendlichen ermöglicht, auf die sich nach den gesetzlichen Vorschriften die Maßnahmen der Reichsanstalt nicht erstrecken. Reichsarbeitsminister und Reichsanstalt haben erhebliche Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Die Hilfe aller öffentlichen und privaten Stellen, die an der Betreuung der Jugendlichen beteiligt sind, wird ausdrücklich für nötig gehalten. Die enge Zusammenarbeit mit allen Stellen ist den Arbeitsämtern zur unbedingten Pflicht gemacht. Deswegen ist der Reichsarbeitsminister auch an die Länderregierungen herangetreten. Er hat empfohlen, ähnliche Vorschriften, wie der preussische Minister zu erlassen. Dieser hat die Verwendung der noch vorhandenen Mittel für Jugendpflege usw. vorwiegend für die Betreuung der erwerbslosen Jugendlichen angeordnet.

Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, Dr. Straßella, ist in Berlin eingetroffen, um dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Dornmüller, einen Besuch abzustatten. In den Besprechungen werden gemeinsame Eisenbahnsachen behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Hans Reites, Saarbrücken, vollendet heute sein 50. Lebensjahr. Er stammt aus Köln und war zuerst in der rheinisch-westfälischen Kommunalverwaltung tätig. In fast zehnjähriger Tätigkeit als Bürgermeister, davon seit 1928 als Oberbürgermeister der Saarbrücken, hat Dr. Reites seine ganze Persönlichkeit für die Erhaltung des deutschen Kulturgutes in der Grenzstadt Saarbrücken eingesetzt und darüber hinaus mit Erfolg die kommende Wiedereinführung Saarbrückens in die frühere Rangstellung im westdeutschen Wirtschaftskörper planmäßig vorbereitet und angebahnt. Dr. Reites gehört dem Vorstand des Deutschen und Preussischen Städtetages an.

Das Beamtenotopfer. Der Senatspräsident beim Oberverwaltungsgericht, Grünher, hatte gegen den preussischen Fiskus geklagt, um eine prinzipielle Entscheidung darüber zu erwirken, daß das Beamtenotopfer ungeschädlich sei. Das Landgericht Berlin I hat die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Die Urteilsbegründung wird jedoch erst in einiger Zeit vorliegen.

Furchtbare Hungersnot in China

W. W. Kanton, 20. Jan. (Tel.) Ein zur Untersuchung der Hungersnot nach der Provinz Schensi entsandter Vertreter der Zentralregierung berichtet, daß dort Tausende infolge der Hungersnot und der Kälte zugrunde gingen und große Bezirke der Provinz nahezu entvölkert wurden. In vielen Gegenden näherte sich die Bevölkerung fast ausschließlich von Gras. Da es an anderen Nahrungsmitteln mangle, würden die Ären und das übrige Holzwerk der Häuser von den Benutzern herausgerissen und verfeuert, um sich gegen die Kälte zu schützen. Besonders erschütternd seien die Zustände im westlichen Teil von Schensi.

Der Prozeß gegen den Goldmacher Taufend

In München begann die auf zwei bis drei Wochen berechnete Verhandlung gegen den 1884 in Krumbach in Schwaben geborenen Spengler Franz Taufend. Nach der Anklage wird dem Angeklagten vorgeworfen, daß er durch seine Betrügereien vorgeworfen. Die Darlegungen des Angeklagten, der als Sonderling bezeichnet wird, werden von wissenschaftlicher Seite als Phantasieren eines ungebildeten Laien bezeichnet. Die Beträge, die er nach der Gründung einer Gesellschaft von getäuschten Personen erhielt, beliefen sich auf insgesamt 488 598 RM. Später wuchs diese Summe auf 1,75 Millionen Reichsmark an. Davon hat Taufend über 1/2 Millionen für sich verbraucht und zwar für den Anlauf von Häusern, eines Gutes und anderer Schöpfen. Im Verlauf seiner Vernehmung erklärte Taufend, daß er auch heute noch an sein Verfahren zur Herstellung von Gold glaube. Nur ein wissenschaftlicher Mensch könne seine Idee verstehen. Im Frühjahr 1925 sei er mit Lubendorff in Verbindung getreten. Er wollte sein Verfahren auch dem Reichspräsidenten v. Hindenburg vorführen, aber eine persönliche Einladung habe er nicht erhalten. In einem mit Lubendorff abgeschlossenen Vertrag sei den Vertragspartnern das Recht der Verwertung übertragen worden. Nach einem weiter abgeschlossenen Gesellschaftsvertrag zur Gründung der Gesellschaft seien ihm — Taufend — 5 Proz. des Ergebnisses zugewilligt worden, während Lubendorff 75 Proz. zur Verwendung für vaterländische Zwecke erhalten sollte.

W. W. München, 20. Jan. (Tel.) Im Prozeß gegen den Goldmacher Taufend wurde heute die Gründung der Studiengesellschaft Taufends erörtert. Der Vorsitzende stellte aus den Akten fest, daß die Summe der für die Studiengesellschaft eingezahlten Beträge etwa 820 000 RM betragen habe, was Taufend zugibt. Er gibt weiter zu, auf Grund der Satzungen einen Betrag von 25 Proz. der Mitgliederbeiträge erhalten zu haben. Er habe zunächst 150 000 RM und später noch einmal 100 000 RM bekommen, zusammen also eine Viertelmillion. Der Verein wurde im Januar 1927 gegründet, der Sitz war ursprünglich Frankfurt a. M., wurde aber später nach Freiberg i. Sa. verlegt.

Die Afrikafliegerin Ely Weinhorn ist in Cap Juby (Spanisch-Marokko) gelandet. Sie hat die Strecke Agadir—Cap Juby, die zum größten Teil über die Wüste Sahara führt, in fünf Stunden zurückgelegt.

Ein französisches Flugzeug mit einer Goldladung im Werte von 1 600 000 Reichsmark, das von London nach Paris unterwegs war, mußte am Montag bei Smarden (Kent) eine Notlandung vornehmen und wurde dabei schwer beschädigt. Einer der Piloten, der bewaffnet war, hielt bei dem Flugzeug Wache, bis das Gold in Sicherheit gebracht war.

Die englische Fliegerin Amy Johnson ist nach ihrer Notlandung in Madaba am Montagvormittag 11 Uhr gestartet und kurz nach 14.30 Uhr in Berlin gelandet. Heute, Dienstag, ist die Fliegerin nach Köln gestartet.

Auf dem Flugplatz Binchester verunglückte ein englisches Bombenflugzeug. Zwei Offiziere wurden getötet, neun Personen, darunter sieben Flugplatzangestellte, verletzt.

Während eines Geschwaderfluges in Lahore, stieß einer der Apparate mit einem Nierenabler zusammen, dessen Flügelweite 2,50 Meter betrug. Das Flugzeug stürzte ab. Die beiden Insassen fanden den Tod.

Sorderungen der süddeutschen Landwirtschaft

Die süd- und südwestdeutschen Landwirtschaftskammern haben in Stuttgart eine Konferenz abgehalten. Es wurden an den Reichsminister und das Reichsernährungsministerium Telegramme geschickt, in denen die sofortige Ausführung der von der Landwirtschaft verlangten Notmaßnahmen verlangt wird, und daß bei der Regelung der Landwirtschaft dem gegenwärtigen Entwicklungsstand im Süden und Südwesten Deutschlands Rechnung getragen wird. Ferner wurde in zwei Entschlüssen eine schnelle Wiederintraffung der Einfuhrzölle für Hafer, Braugerste, Malz, Großvieh, Fleisch und Schafe und eine Zurückführung der Biersteuerung auf ein vernünftiges Maß verlangt.

Kurze Nachrichten

Der Verwaltungsrat der Reichspost hat die Vorlagen des Reichspostministers bezüglich der Tarifentzungen und des Ankaufs der Transradioanlagen mit großer Mehrheit angenommen.

Zunahme der Wohlfahrtsverbände in den kleineren Städten. Nach den Ermittlungen des Reichsstadteverbundes wurden am 31. Dez. 1930 von 1097 Städten mit bis zu 25 000 Einwohnern 101 000 Wohlfahrtsvereine und Fürsorgearbeiter oder 15,3 auf 1000 Einwohner unterzählt. Damit ist eine Steigerung um 100 Proz. zu verzeichnen. Diese Steigerung dürfte zum Teil auf die Neuorganisation der Kräfte für die Wohlfahrt zurückzuführen sein.

Kommunistische Waffenlager entdeckt. Im Stadtteil Düsseldorf-Gerresheim wurde von der Kriminalpolizei ein kommunistisches Waffenlager entdeckt. Bei dem Funktionär Friedrich der Kommunistischen Partei wurden Stiel-, Kugel- und Handgranaten, eine Anzahl große Revolver sowie Munition für Armeepistolen gefunden und beschlagnahmt. Friedrich wurde in Haft genommen.

Ein kommunistisches Kinderheim als Funktionärschule. In dem kommunistischen Kinderheim „Wolke“ in Gotha wurde zur Zeit eine Bezirksfunktionärschule für jugendliche Kommunisten unterhalten. Bei der Hausdurchsuchung wurde der Kommunist Fischer aus Salzungen, gegen den Haftbefehl vorlag, festgenommen. Es ergab sich der Verdacht, daß der Lehrstoff den Tatbestand einer vorbereitenden Handlung zum Hochverrat darstellt. Ein Teil des Lehrmaterials und eine Reihe von Aufzeichnungen sowie eine Pistole mit scharfer Munition wurde beschlagnahmt.

Der Schiedspruch für die Frankfurter Metallindustrie wurde für verbindlich erklärt. Er bringt eine Senkung der Tariflöhne und der Abordnungen.

Verbot des Filmes „Westfront 1918“ im Saargebiet. Der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes, Wilson, hat in seiner Eigenschaft als Minister des Innern den Film „Westfront 1918“ ohne Angabe von Gründen verboten.

Für ein allgemeines amerikanisches Einwanderungsverbot. Der Vorschlagsausschuß des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes hat die Regierung und den Bundeskongress ersucht, ein allgemeines Einwanderungsverbot zu erlassen, das in Kraft bleiben soll, bis die zur Zeit herrschende ausgebreitete Arbeitslosigkeit nachlasse.

Badischer Teil

Reichsgründungsfeiern in Baden

Auch die Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe beging die 60. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung mit einer würdigen Feier, an der als Vertreter des Unterrichtsministeriums der Referent der Anstalt, Herr Geh. Rat Fäßl teilnahm, und bei der erstmals auch die Korporationen harrgerten. Die Festrede hielt der Professor für Volkswunde, Dr. Schneider, die einen Überblick über die geistigen und politischen Einheitsbestrebungen in den Oberheimlanden gab und ausführlich die Verflechtung der badischen Verfassungsbewegung mit den deutschen Einheitsbestrebungen behandelte. Eine Mahnung zur Einigkeit bei der Verteidigung des Reichs, unseres wertvollsten nationalen Besitzes, schloß die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Die Universität Heidelberg feierte den Reichsgründungstag durch einen eindrucksvollen Gedenktakt im großen Saale der Stadthalle. Die Chorgliedern fehlten. Unter den Gästen bemerkte man den Hochschullehrer, Ministerialrat Thoma, den Landtagsabgeordneten Dr. Walder, den Oberbürgermeister Dr. Reinhaus u. den Abt des Klosters Neuburg, Adalbert. Umrahmt von Vorträgen des städtischen Direktors hielt der Professor der Philosophie und Pädagogik Ernst Hoffmann die ausgezeichnete Festrede über das Thema „Die Freiheit der Forschung und der Lehre“. Er berührte dabei auch die Frage der Politisierung der Hochschulen und sagte u. a.: „Das Unheil komme in letzter Linie nicht von der Politik, sondern von ihren demagogischen Kampfmitteln, der mangelnden guten Form im politischen Leben, der grundsätzlichen sittlichen Nichtachtung des Gegners. Von ihr drohe die eigentliche Gefahr, die einzige Lebensgefahr unserer Freiheit. Diese unsere Freiheit werde durch unsere selbstverschuldeten Unmündigkeit zunichte.“ Sein Wunsch zum Reichsgründungstag sei: „Der unvorsichtige Demagogie, der Ursache aller unserer Zwietracht, mitten durchs Herz!“

Den Höhepunkt der Reichsgründungsfeier in Konstanz bildete der **Datillonsappell** und die glänzende verlaufene Parade der Garnison. Die Stadt trug überreichen Flaggen Schmuck. Nach den Gottesdiensten fanden sich tausende von Menschen auf der Straße ein, um dem militärischen Schauspiel beizuwohnen, wie es seit 1925, der Einweihung des 114er-Denkmal, noch nicht wieder erlebt wurde. Die Parade wurde an Stelle des erkrankten Kommandanten, Oberst Wlastowitsch, von Oberleutnant Sieglin abgenommen, der in einer kurzen Ansprache am Schluß auf die Bedeutung des Tages hinwies.

Zur Statistik der Rechtsanwälte in Baden

Während sich die Bevölkerung unseres Landes seit 1900 um 444 518, d. h. 23,8 v. H. vermehrt hat, ist die Zahl der Rechtsanwälte in unserem Land von 224 im Jahr 1900 auf 682 nach dem Stand vom 1. Januar 1930 gestiegen, sie hat sich also in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Die Höchstzahl von Rechtsanwälten entfällt auf den Landgerichtsbezirk Mannheim (148), auf Karlsruhe (unter Nichtberücksichtigung der nur beim Oberlandesgericht zugelassenen Anwälte) kommen 147, auf Freiburg 85, Heidelberg 51, Konstanz 50, Offenburg 44 Anwälte. An letzter Stelle stehen die Landgerichtsbezirke Mosbach mit 15 und Waldshut mit 13 Rechtsanwälten (vgl. hierüber das „Statistische Jahrbuch für das Land Baden“, Jahrgang 1930, Seite 278). Anders wird das Bild, wenn man die Zahl der Rechtsanwälte ins Verhältnis zur Einwohnerzahl der einzelnen Landgerichtsbezirke setzt. An erster Stelle steht dann, wie bisher, Mannheim mit 4,2 Rechtsanwälten auf 10 000 Einwohner, dann folgen Heidelberg mit 2,6, Karlsruhe mit 2,5, Freiburg mit 2,4, Konstanz mit 2,0 Anwälten; an letzter Stelle stehen die beiden Bezirke Waldshut mit 1,0 und Mosbach mit 0,9. Im Gegensatz zur Zunahme der Zahl der Rechtsanwälte steht der Rückgang der mit Anwaltszwang verknüpften mündlichen Zivilprozessverfahren in erster Instanz vor Landgerichten; im Jahr 1928 hat deren Zahl 28 416 betragen, im Jahr 1929 ist sie auf 27 601 gesunken. Auch die entsprechende Zahl der mündlichen Verhandlungen vor Amtsgerichten, wofür allerdings das Aufheben von Rechtsanwälen nicht erforderlich ist, ging während des Zeitraumes 1926/29 von 184 608 auf 157 954 zurück.

Es ist einleuchtend, daß angesichts der starken Zunahme der Zahl der Rechtsanwälte einerseits und der Abnahme der Prozessfälle auf der anderen Seite die wirtschaftliche Lage der Rechtsanwälte in Baden ungünstig beeinflusst wird. Noch trüber müssen die Aussichten für den Rechtsanwaltsstand in den nächsten Jahren beurteilt werden, wenn man bedenkt, daß nach der neuesten Hochschulkonferenz nicht weniger als 621 Badener auf deutschen Universitäten Rechts- und Staatswissenschaft studieren; nicht inbegriffen in dieser Zahl sind solche Studierende, die dem Studium der Rechtswissenschaft auf ausländischen Hochschulen obliegen. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß nach der amtlichen Statistik im Jahr 1929 über 100 badische Abiturienten die Absicht ausgesprochen haben, sich dem Studium der Rechtswissenschaft zuzuwenden.

Die finanzielle Lage der Bleag

Der wirtschaftliche Niedergang, der regnerische Sommer usw., haben sich für die Badischen Lokaleisenbahnen AG. im Geschäftsjahr 1930 geradezu katastrophal ausgewirkt. Man rechnet mit einem Verlust aus dem Einnahmerückgang im Personen- und Güterverkehr von über 400 000 Reichsmark. Nach Durchführung der Stilllegung der Strecke **Busenbach-Brüningen** und weiterer Maßnahmen, welche für das Jahr 1931 Ersparnisse in Höhe von 120 000 Reichsmark bringen sollen, berechnet die Bleag für die von ihr betriebenen Linien (Albtalbahn, Bruchsal-Gilbsbach-Menzingen, Wülberalbahn, Wiesloch-Waldangelloch-Schatthausen und Redarbischofsheim-Güffenhardt) einen Fehlbetrag von zusammen 177 800 Reichsmark. In diesem Betrage ist aber weder die volle Dotierung der Erneuerungsfonds, noch eine Amortisation der Schulden vorgesehen. Der Kreisrat Karlsruhe glaubt, für die nächsten drei Jahre höchstens einen jährlichen Zuschuß bis zu 100 000 Reichsmark an die Bleag zu leisten zu können. In dieser Summe ist die bereits zugesagte Vergütung für die Verzinsung eines Darlehens von 750 000 Reichsmark enthalten. Da hierfür etwa 60 000 Reichsmark jährlich erforderlich sind, wird also der Kreis um jährlich weitere 40 000 Reichsmark belastet. Der Kreis macht diese Regelung aber davon abhängig, daß eine **grundlegende Sanierung** der Bleag in Angriff genommen und daß ihm über die Verwendung seines Zuschusses, Rechnung erstattet wird.

Elektrifizierung der Strecke Forstheim-Ittersbach. Die Stadt Forstheim plant, die Strecke Forstheim-Ittersbach zu elektrifizieren. Die Streckenbahn soll dann ab Brüningen bis Ittersbach als Kleinbahn mit modernen Triebwagen weitergeführt werden mit einem zweifelhafte Fehlbetrag. Der Kreis wird hierzu einen Zuschuß geben. Weiter verpflichten sich die beteiligten Gemeinden zur Deckung eines eventuellen Fehlbetrages. Bis zur völligen Fertigstellung der elektrischen Bahn wird die jetzige Bahn auf Rechnung und Gefahr der beteiligten Gemeinden weiterbetrieben. Der Ausbau dürfte etwa ein Vierteljahr in Anspruch nehmen. In der nächsten Sitzung des Forstheimer Bürgerausschusses wird diese Frage zur Entscheidung stehen.

Eine Arbeitsgemeinschaft der Fleckviehverbände

Wie von zuständiger Seite bekannt wird, ist in einer gemeinsamen Sitzung in Karlsruhe die Gründung einer **Arbeitsgemeinschaft der drei großen badischen Fleckviehzüchterverbände**, nämlich des Verbandes der oberbadischen, der mittelbadischen und der unterbadischen Züchtereigenen, beschlossen worden. Ein Zusammenschluß dieser drei Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft erschien im Hinblick auf die gemeinsamen züchterischen Interessen dieser Züchterverbände und die sich hieraus auch für die Versuchszüchtung ergebenden Vorteile notwendig. Die Geschäftsleitung der Arbeitsgemeinschaft liegt in den Händen des Präsidenten des Forstheimer. Als Vorort wurde bis auf weiteres der Verband der oberbadischen Züchtereigenen in Konstanz bestimmt, deren Präsident Landeskommissar Dr. Hartmann ist.

Eine glückliche Gemeinde. Die Gemeinde Mundelfingen (Amt Donaueschingen) dürfte eine der wenigen Gemeinden sein, die nicht unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat. Bisher war es immer noch möglich, die arbeitende Bevölkerung des Ortes zu beschäftigen. Wenn der Winter nicht allzu streng wird, dürfte wohl kaum jemand zum Feiern gezwungen sein.

Kinos in Baden

Die Zahl der Kinos ist in unserem Land in ständiger Zunahme begriffen. Im Jahr 1924 gab es in unserem Land erst 116 Kinos, heute beträgt ihre Zahl 151 mit mehr als 49 000 Plätzen. Vergleichsweise sei angeführt, daß die Zahl der Theater in Baden 10 beträgt mit insgesamt 10 886 Sitzplätzen. Die örtliche Verteilung der Kinos ist überaus verschieden. Die Mehrzahl entfällt auf die Amtsbezirke mit großen Städten und vorwiegend industrieller Bevölkerung; nur 4 rein landwirtschaftliche Bezirke sind noch ohne Kinos. Auf die 16 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern entfallen 68 Kinos mit rund 30 000 Plätzen. An erster Stelle steht die Stadt Mannheim mit 17 Kinos und rund 9500 Plätzen; dann folgt Karlsruhe mit 10 und 4104 Plätzen, Heidelberg mit 5 und 2485 Plätzen, Freiburg mit 4 und 1917 Plätzen, Forstheim mit 3 und 1880 Plätzen. Im Gegensatz zu den großen Lichtspieltheatern, wie wir sie heute in Berlin, Hamburg oder München antreffen, tragen die badischen Kinos mehr oder weniger mittleren Charakter. Über 1200 Plätze weisen nur 2 Kinos, 1000—1200 Plätze nur 3 Kinos auf; in allen übrigen Kinos bleibt die Zahl der Plätze unter 1000, in 10 Kinos sogar unter 200.

Tagungen

Aus dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen. Im Rahmen der Winterveranstaltungen des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe, fand am Samstag, den 17. Januar, eine **Bezirkskonferenz** für die Waren-genossenschaften aus den Bezirken Karlsruhe, Ettlingen, Rastatt, Bruchsal und Durlach statt, die von über 200 Vertretern besucht war. Verbandspräsident Keidel behandelte verschiedene Organisationsfragen. Anschließend daran gab Direktor Dilger einen Überblick über das Waren-genossenschaftswesen in Baden, die sich an die Referate anschloß, ergab sich in allen zur Beratung stehenden Fragen vollkommene Einmütigkeit.

Gemeinderendenschau

Reform des Polizeiwesens in kleinen Gemeinden

Auf einer Kreisversammlung der Landesfachgruppe der Gemeindepolizeibeamten Badens in Schwetzingen sprach Polizeimeister Singer (Schwetzingen) über die Stellung der Polizeibeamten in den kleinen Gemeinden, wo die Polizeiarbeit alle möglichen Arbeiten beinhalten muß, am wenigsten jedoch Polizeidienst. Der Redner forderte als wichtigste Punkte einer Reform des Polizeiwesens in den badischen Gemeinden: 1. die Beamteneigenschaft für alle Gemeindepolizeibeamten; 2. Versicherung gegen die Berufsunfähigkeit; 3. Verbesserung der Ausbildung durch Teilnahme an den Kursen der badischen Polizeischule. Der Referent forderte aber auch von den Polizeibeamten den Nachweis der Qualifikation. Grundsätzlich sei zu fordern, daß der Nachdienst jeweils von mindestens zwei Beamten ausgeführt werde. Den Beamten der Gemeindepolizei müsse man Gelegenheit geben, an Fortbildungs- und Schulungskursen und auch an Vorgesetztenkursen teilzunehmen, da ein Gemeindepolizist beim jetzigen Zustand keine Möglichkeit habe, jemals in Vorgesetztenstellung aufzurücken. Auch eine Erweiterung der polizeilichen Kompetenzen für diejenigen Gemeindepolizeibeamten, die sich durch abgeschlossene Prüfungen dazu qualifizieren, sei anzustreben.

Heidelberger Fremdenzahlen. 1930 übernachteten insgesamt 235 472 statistisch erfaßte Fremde (gegen 224 478 im Jahre 1929). Davon kamen aus Deutschland 180 838 (181 701) und aus dem Ausland 55 134 (42 777). Wesentlich zugenommen hat der Besuch aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika (23 097), aus England (11 365), aus Holland (6107), aus der Schweiz (3408) und Dänemark (2396). Trotz der Zunahme des Fremdenverkehrs um 11 000 Personen, dürfte das wirtschaftliche Ergebnis dem des Vorjahres nicht gleichgekommen sein.

Finanzierungsplan für den Regau-Bahnbau soll aufgestellt werden. Am Dienstagmittag fand in Schaffhausen eine gemeinsame Sitzung des Schweizerischen Regau-Bahn-Verbandes und des Deutschen Regau-Bahn-Komitees statt. In dieser Sitzung wurde beschlossen, zunächst einen genauen Finanzierungsplan aufzustellen und darauf bei der Deutschen Reichsbahnverwaltung den Bau des Bahnprojektes zu beantragen. Befürworter würde die Ausführung dieses Projektes dazu führen, daß die Spitzlehre in Singen befristet würde. Dagegen wenden sich vor allem die verkehrspolitisch interessierten Kreise von Konstanz und Singen, die mit dem Wegfall der Spitzlehre in Emmendingen einverstanden sind. Wie verlautet, soll sich die Schweiz bereit erklärt haben, beträchtliche Kredite für das projektierte Unternehmen der Regau-Bahn zur Verfügung zu stellen.

Sparmaßnahmen in Überlingen. Der neue Gemeinderat in Überlingen trat kürzlich zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschloß folgende Einsparungen. Die Entschädigung für den Bürgermeisterstellvertreter beträgt, da der Bürgermeister die laufenden Geschäfte des Bürgermeisterstellvertreters übernommen hat, in Zukunft statt 1000 nur noch 800 Reichsmark jährlich. Die Anwesenheitsgebühr der Mitglieder des Gemeinderats wird von 2 auf 1,50 Reichsmark bzw. für Stadt- und Spitalsitzung zusammen von 4 auf 3 Reichsmark herabgesetzt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. Januar		19. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.27	169.61	169.21	169.55
Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.59	112.38	112.68
Italien . . . 100 L.	22.02	22.06	22.02	22.06
London . . . 1 Pf.	20.416	20.456	20.416	20.456
New York 1 D.	42.070	42.150	42.065	42.145
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.37	81.53	81.39	81.55
Wien 100 Schilling	59.125	59.245	59.115	59.235
Prag . . . 100 Kr.	12.451	12.471	12.454	12.475



MARKE "TEEKANNE" billiger!

Ermäßigte Preise

Für die Sorten Gelb, Braun, Grün, Schwarz, Blau, Rot, Gold
50 Pfennige pro Pfund

Neu eingeführt

Friesensilber 50-g-Paket 70 Pf.
Teespitzen 50-g-Paket 55 Pf.

Hiermit erreicht unser Preisabbau die Grenze des Möglichen / Teekanne G. m. b. H. / Dresden-A. 24

Trotz Preissenkung unveränderte Abgabe der Porzellan-Prämien gegen Einsendung leerer Teekanne-Umhüllungen
Man verlange beim Einkauf Prospekt

Der Verein „Karlsruher Börse“ e. V. hielt kürzlich seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Georg Knorr, gab einen Überblick über das Geschäftsjahr 1930. Die fortgesetzt durchgeführten geschäftlichen Maßnahmen, wie zum Beispiel der Vermahlungszwang und die Bölle, hätten zu großer Beunruhigung geführt, ohne Besserung zu schaffen. Allgemeine Zurückhaltung und geringe Entwicklung des Geschäftes machten sich nach wie vor bemerkbar. Besonders die Mühlenindustrie am Oberrhein sei durch den Vermahlungszwang stark eingeeignet und nur ganz ungenügend beschäftigt. Die Ausichten auf eine Besserung der Lage sei in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Auch über das Wein- und Spirituosen-Geschäft sei nicht viel Erfreuliches zu sagen. Der Herbst 1930 habe große Weinerträge in fast allen deutschen Weinbaugebieten gebracht, und es sei ein entsprechender Abbau der Preise zu verzeichnen gewesen. Hierdurch habe der Absatz wieder etwas zugenommen.

Die neuen Preise der Südb. Eisenzentrale. Die in der Sitzung der Süddeutschen Eisenzentrale, Mannheim, festgesetzten neuen Preise betragen für Stabeisen in der Mittelzone 1 B 18,50 M, Oberbadische Zone 4 19,80 M, Württembergische Zone 5 B 19,10 M, Württembergische Zone 6 C 20,00 M, in der Bayerischen Zone 8 20,90 M, Bayerischen Zone 12 20,40 M, Unterfränkische Zone 15 19,50 M, Oberhessische Zone 19,00 M, Rheinische Zone 19 18,00 M. Die Preise für die Rutenberger Zone 11 B lauten für Formeisen auf 19,50 M, Stabeisen 20,20 M, Unversal-eisen 21,60 M, Bandbleche 22,30 M, Grobbleche 23,00 M, Mittelbleche 24,00 M, Feinbleche 25,10 M. Alle Preise verstehen sich für 100 Kilogramm.

Der 7prozentige Pfandbrief. In einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium mit den Realreditinstituten ging die allgemeine Auffassung dahin, daß am 7prozentigen Pfandbrieftyp festgehalten werden soll.

400 Millionen Reichsmark Ausfall bei der Autoproduktion 1930. Das Jahresergebnis 1930 in der deutschen Autoproduktion dürfte nach sachverständiger Schätzung gegenüber 1929 einen Ausfall von etwa 30 000 Wagen bringen. Beim Absatz von Kraftwagen ist ein Rückgang um rund 110 000 Einheiten eingetreten; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von etwa 80 000 Stück. Der Ausfall, den die Kraftfahrzeugindustrie durch die Krise gegenüber dem Jahre 1928 erlitten hat, ist auf mindestens 400 Millionen Reichsmark zu veranschlagen. Ein Vergleich mit den Verlusten, welche die Krise des Jahres 1925/26 der Kraftfahrzeugindustrie gebracht hat, zeigt, daß die derzeitige Entwicklung nicht ungewöhnlich ist.

Preisfestlegung für Superphosphatmischungen. Die deutsche Superphosphatindustrie hat sich entschlossen, ihren Abnehmern die von der Reichsbahn ab 1. Februar vorgenommene Frachtermäßigung bereits auf alle Abrufe, die zu Januarpreisen und -bedingungen ausgeführt sind und werden, zu gewähren. Die Abnehmer solcher Mengen erhalten dadurch außerdem den Preisvorteil des Frühbezugs im Januar in unverminderter Höhe.

Der Schweizer Außenhandel 1930. Ein Vergleich des schweizerischen Außenhandelsresultates im Jahre 1930 mit demjenigen von 1929 ergibt, daß die Einfuhr um 119,6 Mill. Schweizerfranken auf 2 664,2 Mill. Schweizerfranken, die Ausfuhr um 337 Mill. auf 1 767,5 Mill. Schweizerfranken gesunken ist. Nach Abzug der nicht in die Handelsbilanz zu rechnenden Goldbarren (Einfuhr 100,4 Mill., Ausfuhr 5,1 Mill.) stellt sich der Einfuhrüberschuß im reinen Warenverkehr im Jahre 1930 auf 801,3 Mill. Schweizerfranken gegen 633 Mill. im Vorjahr.

Aus der Landeshauptstadt

Der Fall Märkle aufs Neue vor Gericht

Vor dem Karlsruher Schwurgericht begann heute, Dienstag, die neue Verhandlung gegen die Ehefrau Luise Märkle aus Weisweil wegen Mordes, verübt mit dem jeinerzeit zum Tode verurteilten und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Karl Berner.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Beitz, den Antrag, daß der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Rudmann, und die Landgerichtsräte Motzinger und Sorg wegen Befangenheit abgelehnt werden. Es gehe nicht an, daß die Berufsrichter der 1. Instanz auch in der heutigen Verhandlung wiederum tätig seien. Die Urteilsbegründung des letzten Schwurgerichts lasse eine Kampf-

stellung der Berufsrichter gegen die Laienrichter erkennen, die damals die erstere zweifellos überstimmt hätten. Das erste Schwurgerichtsurteil lautete gegen die Märkle auf Freisprechung und war vom Reichsgericht auf die vom Staatsanwalt eingelegte Revision wieder zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen worden. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er von der Ablehnungsabsicht dem Gericht nicht vorher Kenntnis gegeben habe, erwiderte der Verteidiger, daß ihm daran lag, seine Erklärung in aller Öffentlichkeit abzugeben. Der 1. Staatsanwalt Dr. Pfeifer trat dem Antrag entgegen, da kein Grund zur Befangenheit vorliege und auch im Prozeßrecht keine Handhabe für die Ablehnung sich finde.

Das Gericht zog sich dann zurück und der Vorsitzende verständete nach längerer Beratung, daß sich das Gericht als beschlußfähig ansehen und das Oberlandesgericht zur Entscheidung anrufen sei. Letzteres befindet sich über den ablehnenden Antrag.

Damit ist vorerst der Prozeßbeginn durch eine sensationelle Wendung verzögert (nicht verlag).

Das Karlsruher Schwurgericht verhandelte am Montag eine Klage des Erzbischöflichen Ordinariats gegen den Schriftleiter Franz Moraller der nationalsozialistischen Zeitung „Der Führer“ wegen Beleidigung des katholischen Pfarrers von Honau. Pfarrer Förty wurde in dem Artikel der Vorwurf gemacht, daß er die Frau des Kaufmanns Gast, eines Sohnes des Bürgermeisters von Honau, durch Drohungen gezwungen habe, ihr Kind katholisch taufen zu lassen. Im Verlaufe der Vernehmung des Pfarrers Förty sagte dieser aus, daß bei der Eheschließung zwischen Gast und seiner evangelischen Ehefrau diese einen Nebers unterzeichnet habe, wonach die der Ehe entsprechenden Kinder katholisch getauft und katholisch erzogen werden sollen. Er habe die Frau niemals bedroht. Vor der Taufe ihres Kindes habe sich diese wie eine Wilde gebärdet, so daß er sie zur Ruhe mahnen mußte. Moraller wurde wegen öffentlicher Beleidigung eines Religionsdieners nach §§ 186, 196 und 200 zu 100 Reichsmark Geldstrafe, ersatzweise 10 Tage Gefängnis verurteilt. Dem Erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg wurde die Befugnis ausgesprochen, auf Kosten des Verurteilten den erkennenden Teil des Urteils einmal in „Führer“ und in der „Badischen Presse“ zu veröffentlichen. — Gleichfalls am Montag wurde gegen den 35 Jahre alten Kaufmann Eugen Kohlbecker aus Gaggenau, jetzt in Paris wohnhaft, unter der Anklage des Meineids verhandelt. Er war beschuldigt, daß er in einem Unterhaltungsprozeß am 17. Oktober 1929 vor dem Amtsgericht Mastadt, nachdem er von seinem Zeugnisverweigerungsrecht keinen Gebrauch machte, der Wahrheit zuwider unter Eid angab, daß er mit der Stiefmutter nie unerlaubte Beziehungen gepflogen habe. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurde, endigte mit der Verurteilung des bisher unbestraften Angeklagten zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft. Das Gericht billigte ihm den Strafemäßigungsparagrafen 157 zu. In der Urteilsbegründung bemerkte der Vorsitzende, daß auch der vorliegende Fall keineswegs leicht genommen werden dürfe. Die Meineidsfälle häuften sich und es sei daher auch strenge Bestrafung am Platze, um so mehr, als der Eid das Mittel sei auf der sich die Rechtsicherheit aufbaue.

Steuern-Freier im Rathausaal in Karlsruhe. Anlässlich der lehrjährigen Deutschlandreise der nordamerikanischen Steuern-Gesellschaft und der von den verschiedensten deutschen Verbänden veranstalteten Empfangsfeierlichkeiten sind weite Kreise des deutschen Volkes daran erinnert worden, wer General von Steuern war und was er für die nordamerikanischen Staaten bedeutete. Ist die Steuern-Gesellschaft drüben in Amerika die Organisation, die das dankbare Gedenken an den ehemaligen preussischen Offizier, den Organisator und Führer der nordamerikanischen Befreiungsarmee, pflegt und wachhält durch Veranstaltung von Gedächtnisfeiern anlässlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Steuerns, jene Organisation, die sich wieder auf ihre deutsche Abkunft und Stammesverwandtschaft bezieht und den Deutschstammesgedanken neu erwecken will, so muß es bei uns als würdigen Wert erscheinen, daß man hier in Deutschland diesen Steuern-Feiern den nötigen Widerhall gibt. Es ist daher dankenswert, daß der Verein für das Deutschstum im Ausland, Ortsgruppe Karlsruhe, unter dem Protektorat des Oberbürgermeisters Dr. Winter am kommenden Freitag im großen Bürgeraal eine besondere Steuern-Feier veranstaltet, bei der Oberregierungsrat Oberstleutnant a. D. Bauer die Festrede halten wird. Die Feier wird umrahmt sein von Musikvorträgen des Schülerorchesters der Humboldtschule. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Kampf dem Krebs! Der erste „Frage- und Diskussionsabend“ des deutschen Bundes für Krebsbekämpfung ist sehr anregend verlaufen. Eine Fülle des Stoffes, belehrend für alle, ist vom Präsidenten Dr. Wetterer besprochen worden. Einleitend das „Glaubensbekenntnis“ des Redners, der darüber sprach, wie er an Erfolgen und Enttäuschungen erlebte. Seine auf Regard sich aufbauende, mit künftigen und künftigen Moulagen (z. B. die interessante Wetterer'sche Moulage für Brustkrebs und Kopfstrahlung u. a., Gehirnkrebs, die Redner als sein geistiges Eigentum reklamiert), sind hochinteressant. Die Beschreibung der letzten, verloren gegoltenen Krebsfälle, gibt dem Redner das Recht auf Optimismus. Wir sind mit der richtigen modernen Regard-Wetterer-Methode auf gutem Wege in der Krebsbekämpfung, die Chirurgie tritt auf allen Gebieten des Krebses — mit Ausnahme der ersten Stadien der Magen-Darmkrebs — hinter die Radiumtherapie, nicht umgekehrt! Die Röntgentherapie verschwindet in der Krebsbekämpfung vollständig! Von den vielen, circa 170 eingelaufenen Fragen über Einzelfälle und wissenschaftliche Dinge aus der Krebswissenschaft und -behandlung wurden eine Reihe in diesem ersten Vortrag abgehandelt. Dr. Wetterer verdient besonderen Dank für seine großen Vorträge: „Das Wesen des Krebses“, „Vererbungsmechanismen“, „Das Wesen der von Wetterer begründeten Antikrebspropaganda und was sie will“, mit denen er außerordentlichen Beifall errang. Zwei weitere neue Themen Dr. Wetterers werden behandelt am zweiten Abend. Abgesehen von den neuen Richtlinien Wetterers bei Brust- und Gebärmutterkrebs sind Sammelreferate über Bilder aus der 4000jährigen Geschichte der Krebsbekämpfung sowie über Hilfsmittel der Krebskranken (Nahrungsergänzung usw.) in Aussicht genommen.

Badisches Landestheater. In der heute, Dienstag, stattfindenden Eröffnung der großen Oper „Leben des Drefk“ von Ernst Krenek sind die Hauptpartien durch die Damen Wiant, Grünwald-Sejert, Saberton, Reich-Dörich, Fischbach und die Herren Löcher, Kuntwig, Dorn, Mischl, Schoepflin, Piken und Hopfack vertreten. Die musikalische Leitung hat Josef Krups, die szenische Viktor Pruscha. Georg Hofmann leitet die Chöre. — Die Bühnenbilder erstellte Dorjien Hecht; um die kostümliche Ausstattung war Margarete Schellenberg bemüht.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Bis zu 900 Meter ist heute in tiefen und mittleren Lagen wieder Tauwetter mit Regen eingetreten. Auf dem Hochschwarzwald schneit es. Die Zufuhr milder ozeanischer Luft wird vorläufig anhalten. Voraussage: Fortdauer der trüben und regnerischen Witterung. Wind, Schneefall nur auf dem Hochschwarzwald. Wasserstände: Waldshut 232 plus 21, Wafel 54 plus 31, Schutterinsel 111 plus 35, Rehl 237 plus 10, Wagan 418 plus 1, Mannheim 325 minus 2, Saub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Starker Schneefall im Schwarzwald. D. Freiburg i. Br., 20. Jan. Die seit Samstag andauernden Schneefälle haben im Schwarzwald in höheren und teilweise auch in den mittleren Lagen eine geschlossene Schneedecke von durchschnittlich 50 Zentimeter gebracht. Bei 1000 Meter liegen etwa 80 Zentimeter, von 1200 Meter an erreicht die Schneedecke eine Mächtigkeit von mehr als einem Meter. Es schneit weiter, so daß mit einer Erhöhung der Schneedecke zu rechnen ist.

D. Bruchsal, 20. Jan. In der Ruderfabrik Meyer & Co. brach Feuer aus, das bei den reichen Vorräten und den hölzernen Apparaten reiche Nahrung fand. Der Wau ist völlig ausgebrannt. Die Brandursache ist noch unbekannt.

D. Freiburg i. Br., 19. Jan. Am Sonntag fand im Feiertagsaal, abends 8 Uhr, die Winterfeier der „proletarischen Freireiter“, die auch von zahlreichen Kommunisten besucht war, statt. Es folgten u. a. mehrere kleinere Theaterstücke aufgeführt werden, darunter ein solches mit dem Titel „Der leibhaftige Gott“. Da dieses Stück den Latzbestand der Gotteslästerung enthält, war es neben zwei weiteren Programmunternehmen polizeilich verboten worden. Die Leiter der Veranstaltung verweigerten den Polizeibeamten den Zutritt und gaben die Erklärung ab, sich um das Polizeiverbot nicht zu kümmern. Es wurde deshalb die Aufführung der Versammlung erklärt und die Räumung des Saales ohne weitere Zwischenfälle durchgeführt.

EINTRACHT
Donnerstag, 22. Jan., 20 Uhr
4. Kammermusik-Abend
Guarneri-Quartett
Schumann: A-dur, op. 41, Nr. 3. Mozart: D-moll, Köchel 421. Beethoven: D-dur (m. d. Nocturno). [1930]
Karten zu 2,30, 3,30, 4,40 und 5,50 RM, einschl. Steuer in der Buchhandlung Bielefeld am Marktplatz und bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81

DIE **BEILAGEN** DER **KARLSRUHER ZEITUNG** BADISCHER STAATSANZEIGER
Zentralhandelsregister für Baden
Badischer Zentralanzeiger für Beamte
Wissenschaft und Bildung
Badische Kultur und Geschichte
Badische Wohlfahrtsblätter
Amtliche Berichte des Bad. Landtags
machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan
Insertieren auch Sie
Sie werden bestimmt zufrieden sein

Auslands-Geld
f. Gemeinden zu 7 bis 7 1/2%, 97% Auszahlung. Erste Anfr. unter Nr. K. 918 an die Exped. d. Bl.

Vergebung von Hartstein-grus- u. Schotterlieferung 1931/32.
Das Wasser- u. Straßenbauamt Karlsruher Hofheim vergibt nach R. O. B. 1926 die Lieferung von ca. 3 500 Tonnen Hartsteinerggrus und ca. 2 500 Tonnen Hartsteinunterhaltungs- und Walzschotter in 6 Losen für die Unterhaltung seiner Landstraßen im Rechnungsjahr 1931/32. Die Bewerber können die Angebotsvordrucke von dem oben genannten Bauamt beziehen. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Schotterlieferung für Landstraßen“ versehen bis zum 9. Februar 1931, 11 Uhr, beim Wasser- und Straßenbauamt Karlsruher Hofheim einzureichen, wo um diese Zeit die Öffnung der Angebote in Anwesenheit etwa erschienenener Bewerber erfolgt. Zuschlagsfrist: 3 Wochen. R. 241

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 21. Jan. 1931
Januavorstellung
Das Lamm des Armen
Tragikomödie von Stefan Zweig
Regie: Raumbach
Mitwirkende: Bertram, Ermath, Dahlen, Gemmecke, Graf, Hierl, Hopfack, Höder, D. Kien-scher, Koeble, Kuhne, Rehner, Prüter, Schulze, v. d. Arndt, Grimm, Luther, S. Kien-scher, Müller, Seibert
Anfang 19 1/2, Ende 22
Preise A (0,70—5 RM)
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigelegt.
Do. 22.1. Leben des Drefk. Fr. 23.1. Die schöne Helena. Sa. 24.1. Zu haben Preisen: Der Evangelimann. So. 25.1. Nachmittags: Das Lamm des Armen. Abds.: Neu einstudiert: Die Zauberkiste. Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Wie werde ich reich und glücklich. Mo. 26.1. Das Lamm des Armen.

Bezirkssparkasse Adelsheim
Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen RM	Verbindlichkeiten RM
1. Kassenbestand 10 898,52	1. Spareinlagen 931 596,20
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkasse 63 930,29	2. Depositen 226 623,18
3. Wertpapiere 9 456,25	3. Aufwertungsreserveinlagen 477 803,88
4. Wechsel 36 597,95	4. Giro- und Kontokorrent-Einlagen 129 702,70
5. Darlehen a. Hypotheken 879 821,32	5. Anlehensschulden 104 338,29
6. Grundstückskaufgeber 107 093,99	6. Rücklagen
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private 233 238,24	a) gesetzl. Res.-Fonds 90 946,82
8. Darlehen a. Schuldschein 105 311,22	b) Sonderreserve 1 499,99
9. Darlehen an Gemeinden und Spargitoverband 149 295,—	7. Transf. Zinsenkonten 11 142,28
10. Aufwertungsforderung 364 525,51	8. Reingewinn 31 191,51
11. Einnahmerückstände 24 675,54	
12. Grundstücke u. Gebäude 20 000,—	
13. Gerätschaften 1,—	
2 004 844,83	2 004 844,83

Berechnung der Rücklage
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 287 922,08 RM = 103 033,76 RM
Der Rücklage aus dem Jahre 1929 mit 90 946,82 RM wird aus dem Reingewinn von 1930 der Teilbetrag von 12 086,94 RM zugewiesen, so daß die satzungsgemäße Rücklage mit 103 033,76 RM erreicht ist.
Adelsheim, den 16. Januar 1931.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Gutmann, Bürgermeister.
Der Geschäftsführer: Egerle, Direktor.